



## KOLUMNE

Published on 17. Mai 2021

## Bildungshistorische Perspektiven auf den Aufstieg der westeuropäischen radikalen Rechten

written by **Anja Giudici**

„[A]lle Bildungspraktiken sind zutiefst politisch in dem Sinne, dass sie darauf ausgelegt sind, eine bestimmte Art von Menschen zu produzieren und nicht eine andere“, argumentierte US-Erziehungswissenschaftler Neil Postman 1970.[1] In westeuropäischen Staaten wurde Bildung in der Nachkriegszeit zu einem zentralen Instrument in der Prävention von Illiberalismus, Autoritarismus und aggressivem Nationalismus. Gleichzeitig wird die politische Verfasstheit von Bildungsreformen und Bildungspraktiken jedoch tendenziell heruntergespielt.[2] Regierungen aller parteipolitischen Ausrichtung gleichwohl wie Expert\*innen legitimieren Reformen damit, dass ein ausgebautes, qualitativ hochwertiges und faires Bildungssystem kein ideologisches Programm, sondern lediglich notwendige Voraussetzung für die Sicherung universeller Grundwerte und demokratischer Teilhabe sei.

Diese Darstellung der Bildungsreformen der Nachkriegszeit, wie sie vor allem von deren Protagonist\*innen vertreten wird, basiert auf der Annahme eines allgemeinen Konsenses zur liberalen Demokratie als Gesellschaftsideal. Die letzten Jahrzehnte zeigen jedoch, dass die Bedeutung und bildungspolitischen Implikationen liberaldemokratischer Ideale nicht nur immer wieder neu verhandelt werden müssen [3], sondern dass sich auch Opposition gegen das Ideal an sich regt. Der lauteste Widerspruch kommt derzeit von rechts.

Wie Jürgen Oelkers jüngst anmerkte, zeigt der Aufstieg der radikalen Rechten, dass auch im Bildungsbereich der sogenannte „westliche Konsens über eine liberale Erziehung“ keine absolute Geltung hatte. Oppositionen gegenüber liberal-demokratischen Bildungskonzepten verschwanden in der Nachkriegszeit nicht einfach: „Sie waren nur nicht in der erziehungswissenschaftlichen Literatur präsent“.[4] Wir verfügen daher über relativ wenig Wissen über die Bildungsvorstellungen, -intentionen und -strategien dieses gesellschaftlich und politisch relevanten Akteurs.

## Die radikale Rechte als gesellschafts- und bildungspolitisches Phänomen

Nach 1945 spannte das westliche Europa zunächst einen cordon sanitaire um die rechtsradikale Bewegung. Mittlerweile konnte diese jedoch ihre marginalisierte Position verlassen. Abgeordnete rechtsradikaler Parteien sitzen heute in den meisten europäischen Legislativen, vom Gemeinderat bis zum EU-Parlament. Regierungskoalitionen mit rechtsradikalen Parteien sind – spätestens seit der Beteiligung der Alleanza Nazionale, der Nachfolgepartei des neofaschistischen Movimento Sociale Italiano an der Berlusconi I Regierung im Jahre 1994 – auch in Europa nicht mehr undenkbar. Den Einzug in einige nationale, und vor allem regionale und lokale Exekutiven haben diese Parteien bereits geschafft. Rechtsradikale Positionen finden in den Medien regelmäßig Gehör und sie werden auch in der Politik nicht mehr nur von einem parteipolitisch klar abgrenzbaren Kreis vertreten.[5]

Bleibt in der Erziehungs- und Bildungswissenschaft die radikale Rechte ein Randthema [6], ist sie insbesondere in der Politikwissenschaft – auch unter dem Stichwort Populismus – zur am eifrigsten erforschten Parteifamilie avanciert.[7] Politikwissenschaftliche und historische Studien strukturieren die europäische radikale Rechte der Nachkriegszeit aus einer ideologischen Perspektive in eine „alte“ und eine „neue“ Variante.[8] Die alte radikale Rechte orientiert sich, ideologisch und lange auch in der Personalauswahl, an den Faschismen der Zwischenkriegszeit. Das Movimento Sociale Italiano (1946-95), eine von ehemaligen Mitgliedern des Mussolini-Regimes gegründete neofaschistische Partei, gilt als erfolgreichstes Beispiel dieses Typus.[9]

Die neue radikale Rechte entwickelte sich in den späten 1960er-Jahren. In der Überzeugung, eine breitere kulturelle Akzeptanz sei Voraussetzung für den politischen Erfolg, warfen sich intellektuelle Gruppierungen in die Theoriearbeit, mit dem Ziel, rechtsradikale Positionen neu zu begründen und vom ‚Stigma‘ der Kriegszeit zu befreien. Der 1972 gegründete französische Front National (heute Rassemblement National) adoptierte als erste Partei erfolgreich diese ideologischen Neuerungen, indem er sich formell von biologisch rassistischen Positionen distanzierte und gleichzeitig den Fokus dezidiert auf Identitäts- und Kulturpolitik richtete. Er wurde damit zu einem Modell für viele andere.[10]

Die Parteienforschung identifizierte drei variantenübergreifende Charakteristika rechtsradikaler Ideologie: den Glauben an Autoritarismus, ein holistisches oder ausgrenzendes Verständnis von Nationalismus sowie die Ablehnung liberaler Grundwerte wie Individualrechte oder gesellschaftlicher Pluralismus.[11] Davon unterschieden werden rechtsextreme Ideologien und Bewegungen, welche nicht nur den Liberalismus, sondern auch die Demokratie als Mittel und Ziel von Politik gänzlich ablehnen.[12] Ob alt oder neu, extrem oder radikal, alle Varianten der Ideologie basieren auf einem monistischen Weltbild, welches den (zumindest im Anspruch) liberalen Grundzielen westlicher Bildungspolitik seit 1945 fundamental widerspricht.

## Bildungshistorische Potentiale

Bis in die 1990er-Jahre wurden das Phänomen Rechtsradikalismus primär aus psychologischer Perspektive bearbeitet. Rechtsradikale Positionen galten in westlichen Demokratien als Anomalien, die nur durch problematische individuelle Prädispositionen, Sozialisationserfahrungen oder Pathologien erklärbar seien.[13] Dieses Verständnis stellen insbesondere politik- und geschichtswissenschaftlichen Studien in Frage. Gemäß Umfragen gab es für rechtsradikale und -extreme Parteien in den Nachkriegsdemokratien stets eine potentielle Wählerschaft, die nicht nur spezifische Gesellschaftsgruppen umfasst. Die eigentliche Wählerschaft solcher Parteien variiert, ist jedoch ähnlich heterogen zusammengestellt. Individuelle Prädispositionen allein können diese Situation nicht erklären. Akteure am äußeren rechten Rand haben offensichtlich mehr oder weniger Erfolg darin, ihre potentielle Wählerbasis anzusprechen. Daher plädieren Forschende dafür, den analytischen Blick stärker auf die radikale Rechte selbst, auf ihre Akteure und Organisationen zu richten.[14]

Aus dieser Perspektive wird die radikale und extreme Rechte zu einem bildungshistorisch relevanten und bearbeitbaren Phänomen. In den Bildungswissenschaften dominierte bislang eine individuell-pädagogisierende Sicht auf Rechtsradikalismus, die Prävention und Eindämmung ins Zentrum stellt. Die bildungshistorische Forschung kann hier eine zusätzliche Perspektive einbringen, indem sie die radikale Rechte als gesellschaftliches und historisches Phänomen untersucht. Dank ihrer disziplin-eigenen Ansätze und Theorien könnte sie nicht nur einen bedeutsamen Beitrag zur Erforschung von Rechtsextremismus und -radikalismus liefern, sondern auch die Disziplin selbst bereichern, indem sie einen theoretisch und empirisch höchst relevanten ‚blinden Fleck‘ beseitigen würde.

Ich habe mich im Rahmen mehrerer Forschungsprojekte [15] in den letzten Jahren mit der Bildungspolitik der europäischen radikalen und extremen Rechten auseinandergesetzt. Basierend auf dieser Archiv- und Analysearbeit möchte ich drei Themenbereiche skizzieren, in denen mir bildungshistorische Perspektiven besonders wertvoll scheinen.

### 1) Historische Kontinuitäten und Brüche

Bildung spielt in den Gesellschaftsnarrativen der radikalen und extremen Rechten eine zentrale Rolle. Der alliierte Einfluss auf das Bildungswesen in Italien und der Bundesrepublik Deutschland – Stichwörter Umerziehung und Indoktrination – sei, so die Argumentation rechtsradikaler Akteure, ein Hauptgrund, warum die jeweiligen Bevölkerungen nach 1945 nicht mehr zu ihren eigentlich ‚organischen‘ autoritär-nationalen Gesellschaftsmodellen zurückfanden. Französische Rechtsradikale spannen gar einen längeren Bogen. Gemäß Front National ist das französische Schulsystem als Produkt der Französischen Revolution ein inhärent „totalitäres Projekt“, bzw. eine „Entkulturationsmaschine“ [16], welche systemisch darauf angelegt ist, die christlich-lokalen Wurzeln

der kommenden Generationen zu kappen, um sie durch Materialismus, Liberalismus und Universalismus zu ersetzen. Versuche, das Bildungswesen nach 1945 in den Dienst linker Ideologien zu stellen, seien im System fast naturgemäß angelegt. Daher sei eine radikale Umwälzung notwendig.

Der Ruf nach Bildungsreform eint verschiedene radikale und extreme rechte Strömungen. Die angestrebten Lösungen sind jedoch auffallend heterogen. So stand bspw. die neofaschistische Partei Movimento Sociale Italiano ganz hinter der italienischen öffentlichen Schule. Sie forderte gar den Ausbau der Kindergartenpflicht, mehr Chancengleichheit für bisher vernachlässigte Schichten sowie strikte Auflagen für Privatschulen. Ganz anders positioniert sich der Front National, dessen bildungspolitisches Engagement in den 1980er- und 1990er-Jahren primär der Unterstützung von (religiösen) Privatschulen und der Einführung von Bildungsgutscheinen galt. Noch heute spalten sich Parteien an der Frage der Rolle des Staates in der Bildung, auch im frühkindlichen Bereich. Fordert Fratelli d'Italia, die seit 2012 das Erbe des Movimento Sociale Italiano aufgenommen hat, eine Ausweitung formeller Betreuungsmöglichkeiten, lancierte (und gewann) die nationalkonservative Schweizerische Volkspartei in den 2000er eine Reihe an Referenden gegen ähnliche Bestrebungen.

Politische Ideale „erhalten ihre Bedeutungen nicht aus dem Nichts, sondern im Kontext eines spezifischen historischen Kampfes“, schreiben die Soziologen Gross et al.[17] Die bildungshistorische Forschung ist hervorragend positioniert, um die Argumentation und Positionierung rechtsradikaler Akteure als Teil spezifischer nationaler, regionaler oder transnationaler „historischen Kämpfe“ zu analysieren. Damit würde sie nicht nur für die historische und politische Forschung zum Rechtsradikalismus wichtige Einsichten in die Entwicklung, Strategien und Ideen rechtsradikaler Akteure generieren. Die Analyse illiberaler, autoritärer und aggressiv nationalistischer Bildungsreformpläne der Nachkriegszeit könnte auch zur bildungshistorische Theoriebildung beitragen. Fragen zu den Mechanismen hinter Kontinuitäten und Brüchen bestimmter Bildungstraditionen [18] sowie auch über die Beziehung zwischen politischem und pädagogischem Denken könnten anhand neuer, bislang vernachlässigter Akteuren und Daten ergründet werden.

## **2) Die radikale und extreme Rechte als soziale Bewegung**

Verschiedene jüngere Studien kritisieren den starken Fokus der Forschung auf Parteien. Zeitgenössische Entwicklungen, so das Argument, weisen auf den ausgeprägten Bewegungscharakter der radikalen und extremen Rechten, in dessen Rahmen Parteien nur einen Teil einer breiteren Koalition an Akteuren und Strategien darstellen. Während Parteien auf die parlamentarische Arbeit fokussieren, kümmern sich Intellektuelle um die Weiterentwicklung und Verbreitung rechter Ideen. Soziale Organisationen – heute bspw. die Identitäre Bewegung – dienen als weitere Transmissionsriemen zwischen den politisch-intellektuellen Leitfiguren und spezifischen Bevölkerungsgruppen.[19]

In der Bildungspolitik ist allerdings dieses Zusammenspiel nichts Neues.[20] So zeigen bspw. interne Parteidokumente des Movimento Sociale Italiano, dass die Partei schon in den 1960er-Jahren davon überzeugt war, nur eine breite Koalition könne deren bildungspolitische Schlagkraft stärken. Wie auch um den französischen Front National Jahre später, organisierten sich um die Partei Studierendenorganisationen, Eltern- und Mütterorganisationen, Lehrpersonenverbände sowie auf Bildungspolitik fokussierte Netzwerke von Intellektuellen. Diese Akteure mobilisierten nicht nur verschiedene Gesellschaftsgruppen, sie sicherten auch die Präsenz rechtsradikaler Ideen in den Bildungsinstituten und organisierten Schulungen sowie Beratungen für Eltern, Lehrpersonen und Lernende.

Damit agieren rechtsradikale und -extreme Bewegungen nicht nur als bildungspolitische Akteure, sie werden selbst zu Bildungsproduzenten. Einschlägige Bildungsangebote reichen von Kaderschulungen über Sommeruniversitäten, wie sie u.a. auch die Gruppe hinter der neurechten deutschen Zeitschrift „Junge Freiheit“ 1993 erstmals durchführte, bis hin zu Camps für Kinder und Jugendliche. In ihrem Pfadfindercamp, versprach die Front National–Veteranenvereinigung der Leserschaft eines Parteimagazins, würden Kinder das lernen, was „die Schule ihnen nicht mehr beibringt“.[21] Insbesondere rechtsextreme Organisationen am Rande der Illegalität, wie die Fédération des Étudiants Nationalistes (1961-67), sahen in einem intensives Bildungsprogramm mit Seminaren, Gruppenarbeiten und physischer Aktivität einen Ersatz für strikte Führungsstrukturen und Kontrollmechanismen, die von extremen Bewegungen der Nachkriegszeit strategisch gern umgangen werden. [22]

Die Bedeutung sozialer Bewegungen als bildungspolitische Akteure wird mittlerweile in der bildungshistorischen Forschung anerkannt. Tendenziell liegt der Fokus allerdings, insbesondere für das 20. Jahrhundert, eher auf Bewegungen aus dem progressiven Spektrum: der Frauenbewegung, der organisierten Arbeiterschaft oder kulturellen Minderheiten. Diese Tendenz ist nachvollziehbar, ist der materielle und emotionale Zugang zu diesen Akteuren doch oft viel einfacher. Allerdings führt dies auch zu spezifischen Lücken in unserem Verständnis davon, wann, wie und mit welchem Erfolg sich soziale Bewegungen in Bildung engagieren. Detaillierte Quellenarbeit und -einordnung, beides Stärken der bildungshistorischen Forschung, sind notwendig, um Netzwerke, deren Zusammenspiel und Wirkung zu rekonstruieren. Diese Art von Analyse wäre wiederum auch für politikwissenschaftliche und soziologische Forschung zur Rolle von Bildung in der Erhaltung und Mobilisierung sozialer Bewegungen besonders wertvoll.[23]

### **3) Die radikale und extreme Rechte als transnationales Netzwerk**

Drittens und letztens beschreibt die Forschung die radikale und extreme Nachkriegsrechte als grundsätzlich internationales Phänomen.[24] Eine lange Periode der nationalen Isolierung sowie die Hinwendung zu internationalen Idealen – das „Europa der 100 Flaggen“, der europäische „Dritte Weg“

oder die „weiße Rasse“ – haben dazu beigetragen, dass rechtsradikale Akteure vermehrt über die eigenen Landesgrenzen hinaus nach Alliierten suchten. Regelmäßige Treffen sowie verschiedene Kanäle – Zeitschriften, Bücherverlage, das Internet – sicherten den Austausch von Ideen und Strategien innerhalb dieser Netzwerke.

Die bisherige Forschung zeigt auf, wie erfolgreiche Strategien und ideologische Neuerungen im internationalen Austausch entwickelt und verbreitet wurden.[25] Inwieweit bildungspolitische Programme und Praktiken durch solche internationalen Kontakte geprägt wurden, ist bislang nicht bekannt. Die Aneignung traditioneller Prioritäten der US-amerikanischen Rechten im europäischen Kontext – man denke hier bspw. an den Einsatz für Homeschooling in der deutschen und italienischen Neuen Rechten –, scheint jedoch zu suggerieren, dass auch in der Bildung der Bezugsrahmen über die nationalen Grenzen hinausgeht.

In der bildungshistorischen Forschung sind Ansätze der transnationalen Geschichtsschreibung mittlerweile gut etabliert. Dies bringt die Disziplin wiederum in eine hervorragende Position, um einerseits anhand dieses Falles mehr über die Mechanismen der Verbreitung von Bildungsidealen und -praktiken zu erfahren, und andererseits neues Wissen über transnationale Verbindungen und Netzwerke am rechten politischen Rand zu erschließen.

Die radikale Rechte ist im 21. Jahrhundert Teil des politischen und kulturellen europäischen Mainstreams geworden [26] – und damit auch zu einem potentiell bildungspolitisch einflussreichen Akteur. Dieser Erfolg ist auch das Resultat jahrzehntelanger politischer Arbeit, in der Bildung – als Praxis-, Mobilisierungs- und Politikfeld – durchaus eine Rolle gespielt hat. Forschende der Bildungsgeschichte sind bestens positioniert, um bislang unerforschte Aspekte der Entwicklung, Strategien und ideologischen Grundlagen dieser Bewegung zu analysieren. Studien in diesem Feld könnten nicht nur für die Forschung zu Rechtsradikalismus, sondern auch für die Disziplin der Historischen Bildungsforschung theoretisch relevante Erkenntnisse generieren. Dies würde uns gleichzeitig helfen, gegenüber dem Phänomen des Rechtsextremismus eine analytisch informiertere Position zu beziehen. Wie Bildungswissenschaftler Michael Apple feststellt: „wenn man die Rechte stoppen will, ist es absolut entscheidend zu studieren, was sie getan haben.“[27]

## Anmerkungen

[1] [Postman, 1970, 244](#)

[2] [Vgl. Gunter, 2015](#)

[3] [Vgl. Biesta, 2010](#)

[4] [Oelkers, 2018, 735](#)

[5] Vgl. [Mudde, 2019](#); [Minkenberg, 2000](#)

[6] Ausnahmen für Deutschland sind die Beiträge in [Andresen & Oelkers, 2018](#) sowie [Jornitz, 2020](#). Für eine Diskussion der, bislang stark auf UK und USA fokussierten Literatur vgl. [Giudici, 2020](#).

[7] Vgl. [Mudde, 2019](#)

[8] Vgl. [Carter, 2005](#); [Ignazi, 1992](#)

[9] Ebd.

[10] Vgl. [Rydgren, 2005](#)

[11] Vgl. [Carter, 2018](#)

[12] Wobei die beiden Gruppen z.T. schwer abgrenzbar sind.

[13] Vgl. [Mudde, 2010](#)

[14] Vgl. [Minkenberg, 2000](#); [Mudde, 2010](#)

[15] Projekte: *Education against (Liberal Democracy)* (Schweizerischer Nationalfond, P2ZHP1184086) sowie Projekt *The Transformation of Post-War Education: Causes and Effects* SCHOOLPOL (ERC Starting Grant 759188).

[16] [Gannat, 1993, 14](#)

[17] [Gross, Medvetz & Russell, 2011, 342](#)

[18] Vgl. dazu [Giudici, Ruoss & Van Ruyskensvelde, 2020](#)

[19] Vgl. [Castelli, Gattinara & Pirro, 2019](#)

[20] Vgl. [Giudici, 2020](#)

[21] [k.A., 1996](#)

[22] Vgl. [Giudici, 2020](#)

[23] Vgl. [Simi, Futrell & Bubolz, 2016](#)

[24] Vgl. [Mammone, 2015](#); [Rydgren, 2005](#)

[25] Vgl. [Mammone, 2015](#)

[26] Vgl. [Mudde, 2019](#); [Minkenberg, 2000](#)

[27] [Apple, 2006](#)

## Literatur

Andresen, S./Oelkers, J. (2018): Tabubruch und Radikalisierung. Bildungshistorische und -theoretische Analysen. In: Zeitschrift für Pädagogik 64, S. 725–727.

Apple, M. W. (2006): Educating the „right“ way: markets, standards, God, and inequality. 2. Auflage. New York, NY: Falmer Press.

Biesta, G. (2010): Good education in an age of measurement. Boulder, CO: Paradigm Publishers.

Carter, E. (2005): The extreme right in Western Europe: success or failure? Manchester: Manchester University Press.

Carter, E. (2018): Right-wing extremism/radicalism: reconstructing the concept. In: Journal of Political Ideologies 23, S. 157–182.

Castelli, Gattinara, P./Pirro, A. L. P. (2019): The far right as social movement. In: European Societies 21, S. 447–462.

Gannat, P. (1993): Pédagogie ou idéologie? In: Identité, S. 13–16.

Giudici, A. (2020): Seeds of authoritarian opposition: Far-right education politics in post-war Europe. In: European Educational Research Journal 20, S. 121–142.

Giudici, A./Ruoss, T./Van Ruyskensvelde, S. (2020): Educating the Volksgemeinschaft: authoritarian ideals and school reforms in Europe's fascist era. In: Paedagogica Historica 56, S. 569–571.

Gross, N./Medvetz, T./Russell, R. (2011): The Contemporary American Conservative Movement. In: Annual Review of Sociology 37, S. 325–354.

Gunter, H. M. (2015): The politics of education policy in England. In: International Journal of Inclusive Education 19, S. 1206–1212.

Ignazi, P. (1992): The silent counter-revolution. In: European Journal of Political Research 22, S. 3–34.

Jornitz, S. (2020): Form und Inhalt. Über die Erziehungsvorstellungen der Neuen Rechten in Gestalt von Sommerfelds Buch „Wir erziehen“. In: Pädagogische Korrespondenz, S. 33–50.



k.A. (1996): L'école de la patrie. In: Français d'abord!, S. 14.

Mammone, A. (2015): Transnational Neofascism in France and Italy. Cambridge, MA: Cambridge University Press.

Minkenberg, M. (2000): The renewal of the radical right: between modernity and anti-modernity. In: Government and Opposition 35, S. 170–188.

Mudde, C. (2010): The populist radical right: a pathological normalcy. In: West European Politics 33, S. 1167–1186.

Mudde, C. (2019): The far right today. Cambridge: Polity Press.

Oelkers, J. (2018): Autoritarismus und liberale öffentliche Bildung. In: Zeitschrift für Pädagogik 64, S. 728–748.

Postman, N. (1970): The politics of reading. In: Harvard Educational Review 40, S. 244–252.

Rydgren, J. (2005): Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family. In: European Journal of Political Research 44, S. 413–437.

Simi, P./Futrell, R./Bubolz, B. F. (2016): Parenting as activism: identity alignment and activist persistence in the white power movement. In: The Sociological Quarterly 57, S. 491–519.

**FILED UNDER:** Kolumne

---

**PREVIOUS POST**

*Narragonien digital: „Den narren spiegel ich diß nenn“*

**NEXT POST**

*Why Waldorf Education Needs Critical Historical Perspective*

---

**AUTORIN**

***Anja Giudici***



*Anja Giudici ist Postdoctoral Research Fellow an der University of Oxford*

***[anja.giudici@politics.ox.ac.uk](mailto:anja.giudici@politics.ox.ac.uk)***

***ORCID: 0000-0001-8238-7859***

---

#### EMPFOHLENE ZITIERWEISE

Anja Giudici: Bildungshistorische Perspektiven auf den Aufstieg der westeuropäischen radikalen Rechten, in: bildungsgeschichte.de, Berlin 2021. <https://bildungsgeschichte.de/beitrag/2341>



Dieses Werk ist lizenziert unter einer **Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz**.

---

**Datenschutz/Impressum**